

Gute Unterstützung von Bundeskanzlerin Merkel für die Belange von Vertriebenen und Aussiedlern

Vorstand der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler zu Gast bei Bundeskanzlerin Angela Merkel



v.l.n.r.: Klaus Brähmig, Jochen-Konrad Fromme, Dr. Michael Luther, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Susanne Jaffke und Stephan Mayer

Zu einem Gespräch über die aktuellen Anliegen der Heimatvertriebenen und deutschen Spätaussiedler trafen der Vorstand der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie der zuständige Berichterstatter im Haushaltsausschuss am 11. Dezember 2007 mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zusammen. Dabei stand nicht nur die Frage des Konzeptes und des

Fortgangs beim „sichtbaren Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung in Berlin („Zentrum gegen Vertreibungen“) auf der Tagesordnung. Gesprochen wurde unter anderem auch über Perspektiven für die Kulturförderung gemäß § 96 BVFG, über die Problematik des Fortbestands von Vertreibungs- und Entrechtungsdekretten sowie den Rechtsfolgen. Ebenfalls thematisiert wurden Integrationsfragen bei den Aussiedlern.

INHALT

SEITE 3
SPÄTAUSSIEDLER SIND BESSER INTEGRIERT ALS ANDERE

Jochen-Konrad Fromme

SEITE 4
BUNDESREGIERUNG HAT DIE NEUFASSUNG DER INTEGRATIONSKURSVERORDNUNG BESCHLOSSEN

Dr. Wolfgang Schäuble

SEITE 5
DER FORTGANG DER GESCHICHTE WÄRE AUCH OHNE DIE VERTREIBUNG DENKBAR GEWESEN

Jochen-Konrad Fromme

SEITE 8
KLARE AUSSAGEN IM CDU-GRUNDSATZPROGRAMM

Helmut Sauer

„Spätaussiedler und Heimatvertriebene sind eine Bereicherung für unser Land“

Vertreter der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland trafen Ministerpräsident Roland Koch in Wiesbaden



v.l.n.r.: Landesbeauftragter Rudolf Friedrich, Adolf Fetsch, Bundesvorsitzender der LM der Deutschen aus Russland, Ministerpräsident Roland Koch, Landesvorsitzende der Deutschen Jugend aus Russland Svetlana Ivkin und Landesvorsitzender der LM der Deutschen aus Russland Johann Thießen.

Bei einem Gespräch zwischen dem hessischen Ministerpräsidenten Koch und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland wurden die Integrationsbemühungen der Landesregierung ausführlich erörtert. Adolf Fetsch sprach sich lobend über die Integrationspolitik der Landesregierung aus, was auch durch die Unterstützung des Bundestreffens 2007 in Wiesbaden zum Ausdruck kam.

Ministerpräsident Roland Koch erklärte, dass die Hessische Landesregierung auch in Zukunft ein verlässlicher Partner der Deutschen aus Russland sein werde. Der Meinungs-austausch mit den Spätaussiedlerorganisationen werde in bewährter Weise durch den Landesbeauftragten fortgeführt. „Und es bleibt dabei, Spätaussiedler und Heimatvertriebene sind eine Bereicherung für unser Land“, so Roland Koch.

Ein Bambi für die Geschichte über „Die Flucht“

Jochen-Konrad Fromme zur Bambi-Verleihung am 27. November und zur Verabschiedung des Bundeshaushalts

Die Nacht der Bambi-Verleihung hat es erneut deutlich gemacht: Geschichte und Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung in Deutschland sind kein Randthema, sondern stehen im Mittelpunkt des Interesses der Menschen in unserem Lande. Mit deutlichem Abstand (43 % der abgegebenen Stimmen) gewann der ARD-Zweiteiler „Die Flucht“ den Publikumsbambi 2007. Dies zeigt eindrucksvoll, welchen hohen Stellenwert die Befassung mit diesem Thema inzwischen in Deutschland hat. 14 Millionen Menschen haben am Anfang dieses Jahres jede der Folgen des ARD-Zweiteilers „Die Flucht“ mit Maria Furtwängler in der Hauptrolle der Gräfin Mahlenberg gesehen. Für viele Menschen war dieses eindrucksvolle Schauspiel auch ein Rückblick auf die eigene Geschichte bzw. die Geschichte der eigenen Familie. Diese hohe Einschaltquote, die sonst nur von Fußball-Länderspielen überboten wird, zeigt, wie hoch zugleich der Bedarf zur Aufarbeitung dieses Kapitels deutscher und europäischer Geschichte weiterhin ist.

Im Auftrag des Hauses der Geschichte (Bonn) hat das renommierte Institut für Demoskopie in Allensbach vor wenigen Jahren eine repräsentative Umfrage veröffentlicht, in der deutlich wird, dass 59 % der Bevölkerung in Deutschland das Thema „Flucht und Vertreibung“ auch

nach 60 Jahren für ein Thema von hoher Aktualität halten.

Mit dem in 2./3. Lesung beschlossenen Bundeshaushalt für das Jahr 2008 trägt die unionsgeführte Bundesregierung diesem Bedarf Rechnung. Nach sieben Jahren der Kürzung unter der rot-grünen Bundesregierung werden für den Kulturretat des § 96 Bundesvertriebenengesetz im nächsten Jahr 1,2 Mio. Euro mehr für die Pflege und Bewahrung der Kultur der Vertreibungsgebiete zur Verfügung gestellt als im Vergleichsjahr 2005. Nach 750.000 Euro im Haushaltsjahr 2007 sind für das Projekt „sichtbare Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung („Zentrum gegen Vertreibungen“) im Jahr 2008 1,2 Mio. Euro etatisiert. Die grenzüberschreitende Kulturarbeit der Heimatvertriebenen wird nach der völligen Streichung unter der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2008 erstmalig wieder mit 200.000 Euro gefördert. Die Union hat dafür Sorge getragen, dass dieses wichtige Kapitel der deutschen und europäischen Geschichte wieder einen höheren Stellenwert erhält.

Die Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung begründet nicht nur einen Bedarf im Bereich der Kulturarbeit, sondern auch eine weitere mediale Verarbeitung vor großem Publikum. Hier ist noch Potential für weitere Bambis.

Mikrozensus mit Aussagen zu den Spätaussiedlern

Prof. Dr. Maria Böhmer und Peter Barton zu Gast in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler



v.l.n.r.: Klaus Brähmig, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, Dr. Michael Luther, Jochen-Konrad Fromme, Peter Barton, Leiter des Sudetendeutschen Büros in Prag, Staatssekretär a.D. Wolfgang Egertler und Reinhard Grindel

Deutlich vor der Veröffentlichung hat Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer den 7. Lagebericht zur Situation der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler vorgestellt, da erstmalig in dem Bericht auch Daten über Spätaussiedler erhoben worden sind. Anschließend wurde über wichtige Maßnahmen der Integrationspolitik diskutiert.

Einen Bericht über die Arbeit des Sudetendeutschen Büros in Prag gab Peter Barton. Dabei berichtete er über die zunehmende Akzeptanz der Einrichtung in der Bevölkerung und über die zahlreichen Austauschprogramme, an denen vermehrt auch junge Menschen teilnahmen. Erörtert wurde auch der Beschluss des slowakischen Parlaments über die Unantastbarkeit der Benes-Dekrete.

Spätaussiedler sind besser integriert als andere

Jochen-Konrad Fromme zum Lagebericht der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung vom 19.12.2007

Die erstmalig durch Mikrozensus vom Statistischen Bundesamt erhobenen Daten über die Lebenssituation der Spätaussiedler in Deutschland hat deutlich gemacht: Die deutschen Spätaussiedler sind besser in Schule, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert als andere Zuwanderergruppen. Die Erhebung hat erneut belegt, dass deutlich zwischen der Gruppe der deutschen Spätaussiedler und anderen Zuwanderergruppen unterschieden werden muss.

So wurde in denen vom Statistischen Bundesamt erhobenen Daten des Mikrozensus festgestellt, dass mit 5,9 % Schulabbrechern die Gruppe der deutschen Spätaussiedler deutlich besser dasteht als die Gruppe der zugewanderten oder in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer, bei denen 18,7 % ohne Abschluss die Schule verlassen haben. Allerdings verlassen von den einheimischen Deutschen im Vergleich nur 1,8 % die Schule ohne Abschluss. Bei der beruflichen Qualifikation stehen die deutschen Spätaussiedler ebenfalls besser dar als zugewanderte und in Deutschland geborene Ausländerinnen und Ausländer. Bei den Spätaussiedlern bleiben laut Mikrozensus 25,6 % ohne beruflichen Abschluss, während die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer hier im Umfang von 46,7 % betroffen ist. Die einheimische Bevölkerung im Vergleich bleibt zu 12,3 % ohne beruflichen

Abschluss. Bei der Erwerbsquote liegt die Gruppe der deutschen Spätaussiedler mit 73,7 % deutlich über der Gruppe der zugewanderten oder in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer mit 65,9 % und reicht dabei fast an die Erwerbsquote der einheimischen Bevölkerung heran, die bei 75 % liegt.

Die deutlich besseren Zahlen bei den deutschen Spätaussiedlern dürfen allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass es im Bereich von Ausbildung und Arbeitsmarkt auch hier große Integrationsschwierigkeiten gibt. Vor allem die nach Deutschland gekommenen Spätaussiedler mit akademischem Ausbildungshintergrund sind davon betroffen. Viele sind heute in Deutschland aufgrund mangelnder Anerkennung in Beschäftigungsverhältnissen unterhalb ihres Ausbildungsniveaus beschäftigt. Hier muss dringend etwas geschehen. So müssen die Anerkennungsverfahren für die Ausbildungsleistungen transparenter und nachvollziehbarer werden. Wichtiger ist noch, dass Programme geschaffen werden, die die Möglichkeit eröffnen, fehlende Ausbildungs- und Qualifikationsbestandteile nachzuholen. Die Weiterqualifizierung würde es den Betroffenen ermöglichen, in ihrem eigentlichen Ausbildungsberuf tätig zu sein. Dies ist volkswirtschaftlich sinnvoller und auch moralisch deutlich den teuren Umschulungen in ganz andere Berufe vorzuziehen.

Bundesregierung hat die Neufassung der Integrationskursverordnung beschlossen

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble: „Mehr Geld für Integration“ – Vorteile auch für Aussiedler

Die Bundesregierung hat den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung beschlossen. Mit der Neufassung der Integrationskursverordnung werden die Ergebnisse der Anfang 2006 vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Evaluation umgesetzt. Gleichzeitig erfüllt der Bund hiermit die im Nationalen Integrationsplan eingegangene Selbstverpflichtung, die Handlungsansätze zur Optimierung der Integrationskurse in das Sprachkursystem zu überführen. Zur Finanzierung sind die Haushaltsmittel um 14 Mio. Euro aufgestockt worden. Damit stehen 2008 rund 155 Mio. € zur Verfügung. Der für die Integrationspolitik zuständige Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble erklärt hierzu:

„Wir haben die Praxis der Integrationskurse umfassend evaluiert. Mit der vom Kabinett beschlossenen Neufassung der Integrationskursverordnung werden die Vorschläge zur Verbesserung der Integrationskurse umgesetzt, zu denen wir uns beim Nationalen Integrationsgipfel verpflichtet haben. Sprache ist Voraussetzung von Integration. Wer mitreden will, muss die deutsche Sprache erlernen. Der Staat unterstützt Migranten darin. Wer neu zu uns kommt, hat grundsätzlich einen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs. Andererseits ist zur Teilnahme verpflichtet, wer integrationsbedürftig ist. Die Evaluation hat das Sprachniveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen als Mindestvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration bestätigt. Sie hat aber auch ergeben, dass dieses Ziel noch immer zu wenige Teilnehmende erreichen. Ein Hauptanliegen der Neufassung der Integrationskursverordnung ist daher, den Anteil derer, die den Integrationskurs erfolgreich abschließen, deutlich zu steigern. Ich bin der festen Überzeugung, dass die neuen Rahmenbedingungen einen höheren Integrationserfolg bei den Teilnehmenden bewirken werden. Zugleich bauen wir Verwaltungsaufwand dort ab, wo er sich als nicht notwendig erwiesen hat. Mit einem Gesamtentlastungseffekt von rund 6,1 Mio. Euro leistet die Änderungsverordnung einen erheblichen Beitrag zur Senkung der Bürokratiekosten der Wirtschaft.“

Kernpunkte des Entwurfs zur Änderung der Integrationskursverordnung sind:

Um den Kurserfolg zu steigern, sieht der Verordnungsentwurf die Einführung flexibler Stundenkontingente bis zu einer Höchstförderdauer von 1 200 Stunden und Wiederholungsmöglichkeiten vor.

Integrationskurse für die Zielgruppen Jugendliche und Frauen sowie die Kurse für die Gruppe der Analphabeten oder Personen mit einem besonderen sprachpädagogischen Förderbedarf sehen ein Stundenkontingent von bis zu 900 Unterrichtsstunden im Sprachkurs vor.

Intensivkurse ermöglichen es Teilnehmenden, die das Kursziel in weniger als den regulären 645 Unterrichtsstunden erreichen können, den Integrationskurs in nur 430 Stunden zu durchlaufen.

Durch die Einführung eines bundeseinheitlichen Tests und die Erhöhung

der Stundenzahl auf 45 Unterrichtsstunden wird der Orientierungskurs aufgewertet.

Zur Steigerung der Lernmotivation der Teilnehmenden werden finanzielle Anreize in Form einer teilweisen Kostenbeitragsersatzung bei erfolgreichem Abschluss geschaffen.

Die Regelungen zur Prüfungsteilnahme werden geändert. Die ordnungsgemäße Teilnahme umfasst künftig auch die Prüfungsteilnahme. Ab dem 1. Januar 2009 wird ein skalierter Sprachtest eingesetzt, der differenziert das erreichte Sprachniveau von A2 bis B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen nachweist.

Teilnahmeverpflichtete, die Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch beziehen oder die von der Kostenbeitragspflicht befreit wurden, werden die notwendigen Fahrtkosten erstattet. Im Übrigen

kann Teilnahmeverpflichteten ein Fahrtkostenzuschuss gewährt werden.

Weiterhin sieht die Neufassung eine erhebliche Entlastung der Kursträger vor, indem sie auf viele Routinemeldungen verzichtet und diese durch anlassbezogene Meldungen ersetzt.

Auch wird – ganz im Sinne des Grundsatzes von „Fördern“ und „Fordern“ – stärker auf die Mitwir-

kungspflichten der Kursteilnehmer abgestellt.

Mit dem im Januar 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz wurden erstmalig staatliche Integrationsangebote für Zuwanderer einheitlich gesetzlich geregelt. Die Integrationskurse des Bundes sind ein Grundangebot des Staates zur Integration für rechtmäßig im Bundesgebiet lebende Ausländer. Ziel ist es, Zugewanderte mit den Lebensverhältnissen in Deutschland vertraut zu machen und Kenntnisse der deutschen Sprache zu vermitteln. Eine wesentliche Änderung in der Sprachförderpolitik des Bundes war die Einführung der gesetzlichen Verpflichtungsmöglichkeit. Durch die Zulassung von rund 1.800 Kursträgern ist ein bundesweites Angebot an Kursen sichergestellt. Ziel des Sprachkurses ist der Erwerb "ausreichender Sprachkenntnisse", wie sie mit B 1 der ersten Stufe der selbstständigen Sprachverwendung auf der Skala des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen beschrieben sind. Der Orientierungskurs soll beim Zuwanderer das Verständnis für das deutsche Staatswesen wecken. Insbesondere die Bedeutung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, des Parteiensystems, des föderalen Aufbaus Deutschlands, der Sozialstaatlichkeit, der Gleichberechtigung, der Toleranz und der Religionsfreiheit sollen vermittelt werden.



Dr. Wolfgang Schäuble

Vertriebenenpolitik auf dem Bundesparteitag

Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung von CDU und CSU (OMV) präsentierte sich Anfang Dezember in Hannover



Am Stand der OMV auf dem CDU-Parteitag in Hannover: Thüringens Ministerpräsident a.D. Josef Duchac (3.v.r.), Niedersachsens Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann (4.v.l.), Jochen-Konrad Fromme (3.v.r.) und Helmut Sauer (r.).

Ein guter Erfolg war der Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Hannover am 3. und 4. Dezember 2007 für die Belange der Heimatvertriebenen, der deutschen Spätaussiedler und der deutschen Minderheiten. Alle drei Gruppen sind im neuen Grundsatzprogramm der CDU

prominent und inhaltlich substantiell vertreten (s. auch Seite 8). Der Informationsstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung von CDU und CSU (OMV) wurde sehr rege besucht. Dort stand der Bundesvorsitzende der OMV, Helmut Sauer, allen Interessierten Rede und Antwort.

Der Fortgang der Geschichte wäre auch ohne die Vertreibung denkbar gewesen

Jochen-Konrad Fromme zu der Kritik von Prof. Dr. Gesine Schwan am BdV und am „sichtbaren Zeichen“

Der Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen, Prof. Dr. Gesine Schwan, ist zu widersprechen, wenn sie im Zusammenhang mit dem Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk mit Kritik am BdV und seiner Präsidentin an die Öffentlichkeit tritt, es sei immer wieder versäumt worden, „den Nationalsozialismus als die Ursache für die Vertreibungen zu benennen.“ Dies ist in mehrerer Hinsicht unzutreffend, zum einen, was das Wirken der kritisierten Organisation betrifft. Zum anderen muss Frau Schwan aber auch im Hinblick auf die historischen Bezüge widersprochen werden. In unzähligen Reden, vor allem immer wieder auf den zentralen Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“, hat die BdV-Präsidentin Erika Steinbach immer wieder auf den Zusammenhang zwischen den nationalsozialistischen Gräueltaten und dem späteren Vertreibungsrecht hingewiesen. Etwas anderes zu behaupten, würde bedeuten, die Realität bewusst nicht zur Kenntnis zu nehmen.

In aller Deutlichkeit widersprochen werden muss allerdings auch dem Versuch, die Geschichte dahingehend umzudeuten, die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges als zwangsläufige Folge der Untaten des nationalsozialistischen Deutschland zu sehen.

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten am Ende des Zweiten Weltkrieges ist natürlich unter dem Eindruck des von Deutschland ausgegangenen Unrechts geschehen. Das war aber nicht die alleinige

Ursache. Es gibt hier noch weitere Entscheidungsebenen, die nicht vergessen werden dürfen.

Der Vertreibung gingen Entscheidungen, sowohl auf den nationalen Ebenen der Staaten, aus denen die Deutschen vertrieben wurden, als auch auf internationalen Konferenzen voraus, die die Vertreibungen legitimierten.

So war es Teil von Stalins Strategie in Bezug auf den Westen, durch die Vertreibung von Millionen Menschen aus dem Osten, diesen zu destabilisieren. Es gibt also mehrere nicht wegdenkbare Ursachen für die Vertreibung.

Der Zweite Weltkrieg und das nationalsozialistische Unrechtsregime haben nicht zwangsläufig zur Vertreibung der Deutschen geführt, oder anders gesprochen: Der Fortgang der Geschichte wäre auch ohne die Vertreibung denkbar gewesen.

Es ist gut und richtig, dass die große Koalition sich auf die Schaffung eines „sichtbaren Zeichens“ für die Opfer der Vertreibung geeinigt hat. Die Vertreibung der Deutschen, wie auch die Vertreibung anderer Völker in Europa im 20. Jahrhundert soll in ihren Ursachen und Folgen dargestellt werden, damit Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft dauerhaft geächtet werden. Der sehr reduzierte Blick auf die Geschichte in Bezug auf die Vertreibung der Deutschen macht deutlich, wie notwendig die Aufarbeitung dieses Kapitels noch ist.

Fachkräftepotential der Spätaussiedler künftig besser nutzen

Der nordrhein-westfälische Integrationsbeauftragte Thomas Kufen gestaltete den „Tag der neuen Heimat“



Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Thomas Kufen (2. Reihe links), hat zum alljährlichen Empfang unter dem Motto "Tag der neuen Heimat" eingeladen.

"In meiner Arbeit komme ich oft mit Menschen zusammen, die sich voller Überzeugung für andere einsetzen. Mit dieser Veranstaltung möchte ich nach meinen Kräften ein Dankeschön für dieses Engagement zum Ausdruck bringen" sagte Kufen zum Auftakt der Veranstaltung. Laut der aktuellen Publikation der Landesstelle Unna-Massen gibt es fast 70 Vereine und Initiativen der Deutschen aus Russland in Nordrhein-Westfalen. Seit 1989 sind rund 700.000 Spätaussiedlerinnen

und Spätaussiedler nach Nordrhein-Westfalen gekommen. "Viele von diesen Menschen sind gut qualifizierte Fachkräfte, die eine langjährige Berufserfahrung mit sich bringen und in der neuen Heimat einbringen wollen und können. Vor dem Hintergrund der Debatte um Fachkräftemangel sehe ich hier noch Potenzial, das besser genutzt werden kann" sagte Kufen im Hinblick auf die aktuelle Diskussion.

Für Kinder und Jugendliche fand ein Malwettbewerb statt. Landtagspräsidentin Regina van Dinter (hintere Reihe) prämierte die Werke. Als Gastredner sprach der Vorsitzende des Kulturausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen, Dr. Fritz Behrens (3. Reihe, rechts).

Bundeskanzlerin Merkels Dialoginitiative zur Erläuterung des „sichtbaren Zeichens“ ist richtig

Jochen-Konrad Fromme begrüßt den Vorschlag, das Konzept für ein „sichtbares Zeichen“ in Polen zu erläutern

Es ist sehr erfreulich, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel auch im Gespräch mit dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk deutlich am Projekt der Errichtung eines „sichtbaren Zeichens“ für die Opfer der Vertreibung in Berlin („Zentrum gegen Vertreibungen“) festgehalten hat. Das ist zugleich ein gutes Signal an alle Heimatvertriebenen.

Es ist auch sehr begrüßenswert, dass die Bundeskanzlerin angekündigt hat, im kommenden Jahr eine Delegation nach Polen zu entsenden, die die in Deutschland erarbeitete Konzeption für das „sichtbare Zeichen“ erläutern wird. Der Dialog wird helfen, viele Vorbehalte, die in Polen gegenüber diesem Projekt bestehen, abzubauen. Liest man die seit Jahren sehr akzentuiert vorgebrachten Stellungnahmen aus Polen zu der Konzeption des von CDU und CSU geforderten Zentrums gegen

Vertreibungen in Berlin, so muss man schnell erkennen, dass viele der Äußerungen auf fehlerhafte Darstellungen gegenüber diesem Projekt zurückzuführen sind. Die fehlerhaften Darstellungen basieren entweder auf fehlerhaften Informationen über das Projekt oder auf bewussten Falschmeldungen. Bei beidem kann der gut vorbereitete Dialog sehr segensreich wirken. Wenn die Planungen für das Projekt offengelegt und in Polen erläutert werden, dann wird schnell deutlich werden, dass es sich um ein wichtiges Projekt zur Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte handelt. Es wird auch deutlich werden, dass es sich gegen niemanden richtet und durch die Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichte als Bestandteil unserer gemeinsamen Geschichte einen wichtigen Beitrag zur dauerhaften Aussöhnung leisten kann.



Mit diesem Bild von einer Krippe mit lebensgroßen Figuren vom Großen Markt in Brüssel senden Herausgeber und Redaktion des Informationsdienstes für Aussiedler und Vertriebene allen Leserinnen und Lesern die besten Wünsche für ein besinnliches Weihnachtsfest und für viel Glück und Erfolg im Jahr 2008.

Haus Pannonia in Speyer feiert 25jähriges Bestehen

Der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech sprach auf der Festveranstaltung in Speyer

Der Stadtverband Speyer der donau-deutschen Landsmannschaft ist ein Spiegelbild der Erfolgsgeschichte der Heimatvertriebenen in Deutschland. Das sagte der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech beim Festakt zum 25-jährigen Bestehen des Hauses Pannonia der donau-deutschen Landsmannschaft in Speyer. Als Landesbeauftragter für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler des Landes Baden-Württemberg sei er gerne über den Rhein ins Nachbarland gekommen, denn er fühle sich den donauschwäbischen Landsleuten eng verbunden. Das gründe zum einen auf seiner persönlichen Lebensgeschichte als Nachkomme heimatvertriebener Donauschwaben. Zum anderen vor allem auf der erfolgreichen Patenschaftsbeziehung, die Baden-Württembergs Landesregierung seit mittlerweile mehr als fünf Jahr-

zehnten zu den donauschwäbischen Mitbürgern pflege. „Das Haus Pannonia erinnert an die Heimat der Donauschwaben. Es ist eine Heimstätte zur Pflege der kulturellen Identität und verbindet die neue mit der alten Heimat.“

Die Menschen aus Moselfranken, der Pfalz, Bayern und dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg, die vor über 200 Jahren in die Region des pannonischen Beckens gekommen seien, hätten ihre damalige Heimat in Richtung Südosteuropa verlassen, um Armut, Hunger und Not hinter sich zu lassen. „Ihr Bekenntnis zur deutschen Abstammung sollte schicksalsschwere Folgen für die Donauschwaben haben. Der traurige Höhepunkt ihres Leidenswegs war die Flucht und Vertreibung zum Ende des Zweiten Weltkriegs“, so Rech.

Deutsche Minderheit zu Gast im Landtag von NRW

Am 27.11.2007 wurde eine Delegation der deutschen Minderheit aus Oberschlesien unter der Leitung von BdV Vorstandsmitglied Hans-Joachim Muschiol im Landtag empfangen. Die Landtagsabgeordneten Thorsten Schick und Horst Westkämper luden die 40-köpfige Gruppe aus Ratibor zu einer Diskussionsrunde ein. Neben den Abgeordneten nahmen auch Herr Johannes Lierenfeld als Vertreter der Staatskanzlei und Dr. Winfried Halder, Direktor des Gerhard-Hauptmann-Hauses, an der Gesprächsrunde teil. Im Gespräch wurden die Abgeordneten von ihren Gästen über die vergangene und derzeitige Situation der deutschen Minderheit in Polen informiert. Besonders beeindruckt zeigten sich die Abgeordneten von drei Jugendlichen, die über ihre Arbeit für die Radiosendung "Deutsche Stimme" in Polen berichteten. Mit der Sendung sollen besonders die Interessen der Minderheit berücksichtigt werden. Westkämper dazu: "Ich finde die Jugendarbeit besonders wichtig und solche Projekte gilt es vermehrt zu unterstützen!"

Sauer: Klare Aussagen im CDU-Grundsatzprogramm

Zum Beschluss des neuen Grundsatzprogramms der Christlich Demokratischen Union Deutschlands auf dem 21. Parteitag in Hannover erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV), Helmut Sauer (Salzgitter):

Auf dem 21. Parteitag der CDU Deutschlands haben die Delegierten das neue Grundsatzprogramm beschlossen. Im Grundsatzprogramm sind - wie bisher - klare Aussagen zu den Anliegen der Heimatvertriebenen, der deutschen Spätaussiedler sowie der deutschen Volksgruppen im Ausland enthalten.

Dem entgegen hatte die polnische Tageszeitung Rzeczpospolita vom 05.12.2007 berichtet, „im neuen Grundsatzprogramm würden die Anliegen der Heimatvertriebenen nicht mehr so wie im Grundsatzprogramm aus der Kohl-Zeit, als man von der Anerkennung der missachteten Rechte der Vertriebenen sprach, vertreten“. Dies ist sachlich falsch. Im Programm steht:

"326. Heimatliche Verwurzelung, nationale Identität und europäische Gemeinsamkeit ergänzen und bedingen sich. Wir treten für ein internationales und europäisches Volksgruppen und Minderheitenrecht, das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur ein.

327. Auch in einem vereinten Europa mit zunehmend offenen Grenzen erfüllen Heimatvertriebene und Volksgruppen eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Nationen. Auch die Deutschen, die in ihrer Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblieben sind, können diese wichtige Funktion zwischen Deutschland und seinen Nachbarn beim weiteren Zusammenwachsen Europas wahrnehmen. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden."

Diese Aussagen stehen in Kontinuität zum letzten Hamburger Grundsatzprogramm von 1994. Die CDU bleibt verlässlicher Partner der Vertriebenen und Aussiedler.

Beirat für Vertriebenen- und Spätaussiedler in Bayern

Der neu konzipierte Beirat für Vertriebenen- und Spätaussiedlerfragen beim Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ist zu seiner ersten Sitzung zusammengekommen. Mit dem heutigen Tag beginnt die vierjährige Amtsperiode des Beirats, dessen originärer Auftrag die Beratung der Staatsregierung ist. „Museale Fragen, wie die Errichtung des Sudetendeutschen Museums in der Hochstraße, aber auch aktuelle politische Fragen, die die Belange der Vertriebenen und Spätaussiedler betreffen, sind Themen, zu denen Ihre Position gefordert ist“, erklärte Ministerin Christa Stewens. Sie fügte hinzu: „Es ist mir ein Anliegen, die spezifischen Interessen und Sorgen der Spätaussiedler zu kennen. Ich bin mir sicher, der Beirat wird der Staatsregierung wichtige Anregungen und Beiträge liefern können.“

IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Thomas Helm (verantwortlich) Martin Kreienbaum
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154